

lautgeben.de: Zweierlei Maß

Marcus Bitterlich

18/07/2006

Schon oft — auch hier auf lautgeben.de — wurde darüber diskutiert, ob es gerechter sei, alle Menschen anhand ihres Krankheitsrisikos zu versichern, oder über das Gesundheitssystem zwischen Arm und Reich gesellschaftlichen Wohlstand umzuverteilen.

Die Konzepte Gesundheitssteuer („Bürgerversicherung“) und Pauschalbeitrag („Gesundheitsprämie“) konkurrieren dabei in der Öffentlichkeit und innerhalb der Großen ~~Konfusion~~ Koalition.

Nun kann man geteilter Auffassung darüber sein, ob die Gesundheit des Einzelnen eine Aufgabe aller (=Legitimation der Steuerlösung) oder vielmehr Privatsache (=Erfordernis individueller Versicherung) sei. Berechtigt wäre im Zuge dieser Diskussion sicher auch die Frage, wieso Brot-, Benzin- und Bierpreis nicht an's Einkommen gekoppelt werden — überlebenswichtig und in ihrer potentiellen Wucherhöhe „unsozial“ sind sie, so man der öffentlichen Erregung folgen mag, schließlich allesamt.

Geschenkt. Dieses Problem wird der derzeitige Große Kuschelzoo wohl kaum lösen. Der aktuell angedrohte Gesundheitsfonds ist nur die nächste Black Box: Erstmal möglichst viel Geld rein. Was 'rauskommt, weiß keiner genau. (Kleiner Exkurs für die Physiker in der Leserschaft: Wenn man die Kiste aufmacht, um 'reinzuschauen, stirbt die Katze :o)

Wirklich spannend ist die Frage, wieso der Staat bei seinen treuesten Dienern, den Beamten, überhaupt kein Problem mit einer wettbewerblich organisierten Lösung des Krankenversicherungsproblems hat. Hier wäre aus meiner Sicht argumentativ — und empirisch! — anzusetzen: Was kostet's? Was bringt's? Leidet der Streifenpolizist mit vielleicht €2.000 im Monat darunter, dass er den gleichen Betrag für seine Gesundheit aufwenden muss wie der Staatssekretär mit dem vierfachen Gehalt?

Wie auch immer eine solche Analyse ausgehen mag — der aktuelle Zustand ist bigott: Innerhalb der abhängig beschäftigten Beitragszahlerschaft wird kräftig umverteilt; Beamte, Selbständige und Angestellte jenseits der Bemessungsgrenze sind außen vor.

Dass möglicherweise das Steuersystem eher dazu angetan sein könnte, materiellen Ausgleich herzustellen, sei hier nur am Rande erwähnt. Niemand würde schließlich auf die Idee kommen, Haftpflicht-, Glasbruch- oder Haustierversicherung zum sozialen Ausgleichsinstrument zu verbiegen. . .